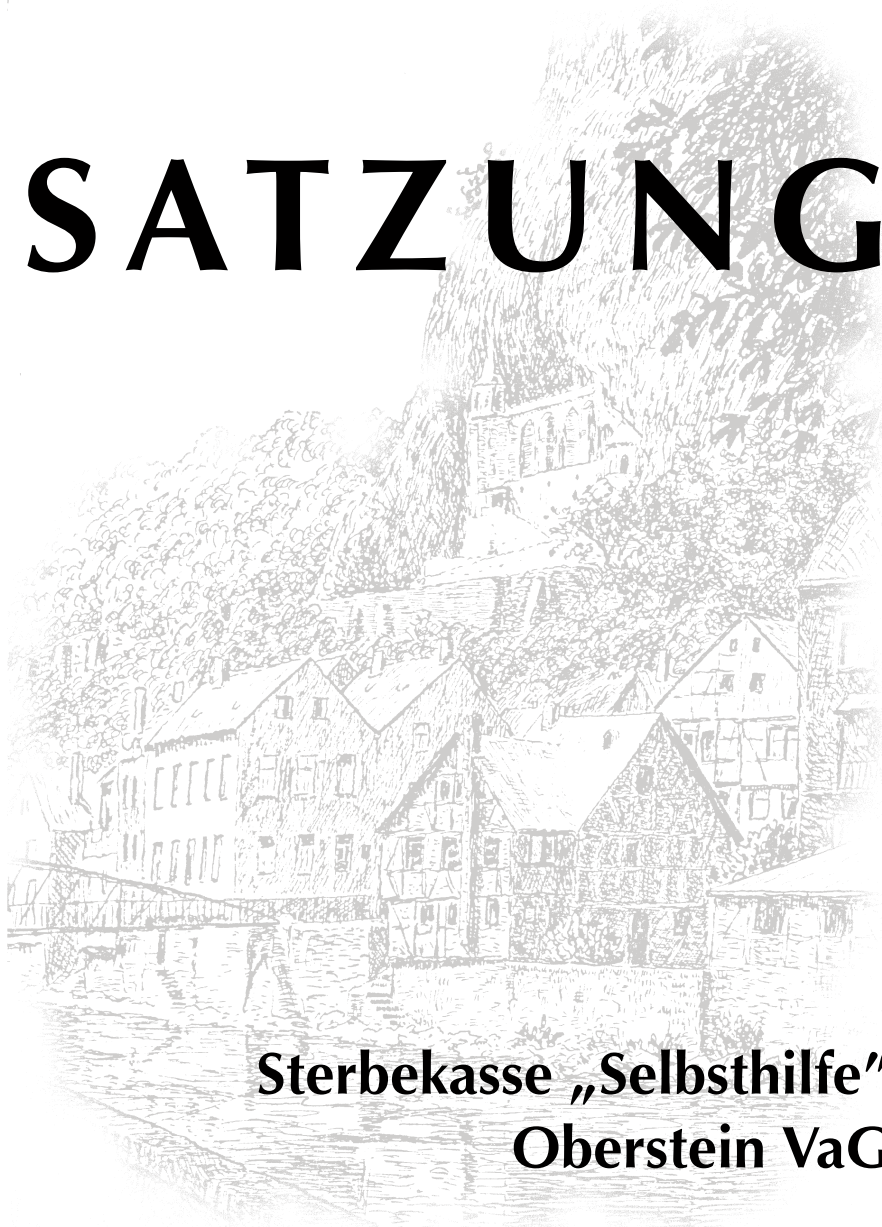


SATZUNG



**Sterbekasse „Selbsthilfe“
Oberstein VaG**

55743 Idar-Oberstein

§ 1

Name, Sitz und Zweck der Kasse

Die im Jahre 1896 gegründete Sterbekasse „Selbsthilfe“ führt den Namen Sterbekasse „Selbsthilfe“ Oberstein VaG. Sie ist ein kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Sinne des § 53 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz – VAG).

Der Sitz der Kasse ist Idar-Oberstein. Die Kasse hat den Zweck, beim Tode eines Mitglieds ein Sterbegeld zur Bestreitung der durch den Sterbefall entstehenden Kosten zu gewähren.

§ 2

Aufnahmebedingungen - Beginn der Mitgliedschaft

- (1) In die Kasse können Personen aufgenommen werden, die
 - a) nicht älter als 50 Jahre sind und
 - b) in Idar-Oberstein oder einer der angrenzenden Verbandsgemeinden wohnen oder in einem Verwandtschaftsverhältnis zu einem Mitglied der Sterbekasse „Selbsthilfe“ Oberstein VaG stehen und
 - c) weder mit einer die Lebensdauer nachteilig beeinflussenden Krankheit noch mit einem Schaden behaftet sind, die ein baldiges Ableben befürchten lassen.
- (2) Beitrittsgesuche sind dem Vorstand schriftlich einzureichen.
- (3) Der Vorstand hat festzustellen, ob die Bedingungen für die Aufnahme in die Kasse erfüllt sind; er kann die Aufnahme von der Beibringung der ihm erforderlich scheinenden Nachweise, insbesondere des Geburtsscheines und des Zeugnisses eines Arztes über den Gesundheitszustand der Person, bei deren Ableben ein Sterbegeld gezahlt werden soll, auf Kosten des Beitretenden abhängig machen.
- (4) Über das Aufnahmegesuch entscheidet der Vorstand; lehnt er das Gesuch ab, so ist er zur Angabe von Gründen nicht verpflichtet. Das Mitgliedschafts- und Versicherungsverhältnis beginnt mit dem auf dem Versicherungsschein angegebenen Tage. Der auf dem Versicherungsschein zu vermerkende Eintrittstag ist jeweils der Erste des auf die Aufnahme folgenden Monats. Der Versicherungsschein ist mit einer Mitgliedsnummer zu versehen und soll außer dem Namen des Mitglieds den Tag seiner Geburt und seiner Aufnahme in die Kasse sowie die Höhe des Beitrages enthalten. Mit dem Versicherungsschein wird dem Mitglied ein Exemplar der Satzung ausgehändigt.

- (5) Über die Mitglieder wird eine Kartei geführt, die gesondert Eintragungen für Mitgliedsnummer, Namen, Stand, Wohnung, Tag der Geburt, Tag der Aufnahme, Höhe des Beitrages, Tag des Austritts, Betrag des gezahlten Sterbegeldes und besondere Bemerkungen enthält.

§ 3

Ende der Mitgliedschaft – Wiederaufnahme ausgeschiedener Mitglieder

- (1) Aus der Kasse scheiden aus:
1. Mitglieder, die ihren Austritt dem Vorstand schriftlich erklären; der Austritt ist nur zum Schluss des laufenden Monats zulässig.
 2. Mitglieder, die aus der Kasse ausgeschlossen werden (§ 4).
Auszuschließen sind Mitglieder, die:
 - a) bei ihrer Aufnahme wissentlich falsche Angaben gemacht haben.
 - b) sich mit der Entrichtung des Beitrages 3 Monate in Verzug befinden und nach Eintritt des Verzugs vom Vorstand schriftlich vergeblich zur Zahlung aufgefordert worden sind. Die Zahlungsaufforderung darf nicht vor Ablauf von 1 Monat nach dem Fälligkeitstag des Beitrages oder einer vereinbarten Stundungsfrist erfolgen. Sie muß eine Zahlungsfrist von mindestens 1 Monat gewähren und auf den Ausschluss im Falle weiterer Säumnis hinweisen.
- (2) Im Falle des (1) 2a) ist der Ausschluss aus der Kasse nur innerhalb eines Monats, nachdem der Vorstand von der Verletzung der Anzeigepflicht Kenntnis erlangt hat, nur dann zulässig, wenn ein für die Übernahme der Versicherungsgefahr durch die Kasse erheblicher Umstand, insbesondere ein solcher, nach dem der Beitretende ausdrücklich und schriftlich gefragt war, von dem Beitretenden nicht oder nicht richtig angezeigt worden ist. Der Ausschluss findet nicht statt, wenn der betreffende Umstand dem Vorstand bekannt war oder wenn wegen der unterlassenen oder unrichtigen Anzeige dem Beitretenden ein Verschulden nicht zur Last fällt oder wenn seit dem Eintritt des betreffenden Mitgliedes bereits 3 Jahre verflissen sind. Fällt dem Beitretenden bei Verletzung der Anzeigepflicht Arglist zur Last, so bleiben die weitergehenden gesetzlichen Rechte der Kasse unberührt.
- (3) Mitglieder, die aus der Kasse ausgetreten sind oder ausgeschlossen wurden, erhalten gegen Vorlage des Versicherungsscheins eine Rückvergütung für jedes beendete Versicherungsverhältnis, für das mindestens 5 Jahre Beiträge gezahlt wurden. Die Höhe der Rückvergütung ergibt sich aus der Rückvergütungstabelle, die Gegenstand dieser Satzung ist. Als Beiträge gelten die laufenden Beitragszahlungen.

- (4) Nach (1) 1. oder 2b) ausgeschiedene Mitglieder können in die Kasse wieder aufgenommen werden
1. unter Begründung eines neuen Versicherungsverhältnisses, sofern sie nach § 2 noch aufnahmefähig sind, oder
 2. unter Wiederherstellung des früheren Versicherungsverhältnisses innerhalb von 6 Monaten nach dem Ausscheiden. Voraussetzung für die Wiederherstellung des früheren Versicherungsverhältnisses ist, dass das Mitglied die rückständigen Beiträge sowie die Beiträge für die Zeit seit seinem Ausscheiden nebst Zinsen nachzahlt; außerdem darf der Versicherungsfall zur Zeit des Eingangs dieser Zahlungen bei der Kasse noch nicht eingetreten sein.

§ 4

Form des Ausschlusses

Der Ausschluss eines Mitgliedes (§ 3) erfolgt durch Beschluss des Vorstandes. Der Beschluss ist dem Mitglied umgehend schriftlich mitzuteilen. Gegen den Beschluss steht dem Mitglied die Berufung an den Aufsichtsrat zu. Die Berufung ist binnen vier Wochen nach dem Empfang des Beschlusses bei dem Vorstand anzumelden. Auf das Recht der Berufung und die hierfür gesetzte Frist ist in dem Ausschlussbescheid hinzuweisen. Wird Berufung nicht eingelegt oder die Berufung zurückgewiesen, so endet die Mitgliedschaft mit dem Empfang des Ausschlussbescheides.

§ 5

Beiträge und Verwaltungskostensatz

- (1) Die Höhe der Beiträge ergibt sich aus der jeweils gültigen Beitrags- und Leistungstabelle, die Gegenstand dieser Satzung ist. Der in der Beitrags- und Leistungstabelle genannte monatliche Beitrag ist bis zum Tod zu entrichten.
- (2) Für Neuaufnahmen und Versicherungserhöhungen wird je Versicherungsnehmer einmalig ein Verwaltungskostensatz erhoben, dessen Höhe sich aus der gültigen Beitrags- und Leistungstabelle ergibt.

§ 6

Wohnungsänderung

Die Mitglieder haben Wohnungsänderungen dem Vorstand anzuzeigen. Unterbleibt die Anzeige, so genügt für eine Willenserklärung, die dem Mitglied gegenüber abzugeben ist, die Absendung eines eingeschriebenen Briefes nach der letzten dem Vorstand bekannten Wohnung.

§ 7

Beitragspflicht

- (1) Die Beiträge sind am 1. eines jeden Monats fällig und innerhalb von einer Woche kostenfrei an die Kasse zu zahlen. Bevorzugte Form der Beitragszahlung ist das Bankeinzugsverfahren.
- (2) Für den Monat, innerhalb dessen die Mitgliedschaft beginnt oder endet, ist der volle Beitrag zu entrichten.

§ 8

Vorauszahlung der Beiträge

Die Beiträge können für das laufende Geschäftsjahr (§ 26) im Voraus entrichtet werden. Die Kasse ist verpflichtet, solche Vorauszahlungen anzunehmen.

§ 9

Anspruch auf Sterbegeld

- (1) Die Höhe des Sterbegelds ergibt sich aus der Beitrags- und Leistungstabelle, die Bestandteil dieser Satzung ist.

Rückständige Beiträge werden vom Sterbegeld abgezogen. Über die Fälligkeit hinaus geleistete Vorauszahlungen (§ 8) werden mit dem Sterbegeld zurück erstattet. Der Anspruch auf das Sterbegeld wird durch den Tod eines Mitgliedes begründet, sofern das Mitglied mindestens 12 Monate lang der Kasse angehört hat; dies gilt auch bei Selbstmord. Wenn das Mitglied vor Ablauf des ersten Mitgliedsjahres stirbt, besteht nur Anspruch auf die Hälfte des festgelegten Sterbegeldes. Der Sterbefall und der Anspruch auf das Sterbegeld sind unter Einreichung des Versicherungsscheins und der amtlichen Sterbeurkunde bei dem Vorstand anzumelden.

- (2) Der Vorstand hat die Auszahlung des Sterbegeldes zu veranlassen. Das Sterbegeld wird nach Vorlage der erforderlichen Unterlagen ausgezahlt
 1. an die vom Mitglied mit schriftlicher Verfügung benannte empfangsberechtigte Person;
 2. falls keine Verfügung erteilt wurde, an die Person, die ihre anderweitige Empfangsberechtigung nachweisen kann, etwa durch Vorlage der erforderlichen Unterlagen bzw. den Nachweis der Beitragszahlung;
 3. falls auch eine solche Person nicht vorhanden ist oder sie keine Ansprüche geltend macht, an die Person, die nachweisen kann, dass sie die Bestattungskosten ganz oder teilweise getragen hat.

Der Anspruch auf Sterbegeld verjährt binnen fünf Jahren, die Verjährung beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem die Zahlung des Sterbegeldes verlangt werden kann.

§ 10

Außerordentliche Mitglieder, Beitragsfreiheit

- (1) Die gesonderte Kinderversicherung (außerordentliche Mitgliedschaft) wird gemäß Beschluss der Mitgliederversammlung vom 08. 06. 2004 zum 31. 12. 2004 geschlossen. Auf Wunsch ist ein Wechsel in den ab 01. 01. 2005 geltenden allgemeinen Tarif (ordentliche Mitgliedschaft) bereits vor Ablauf der außerordentlichen Mitgliedschaft möglich.
- (2) Für außerordentliche Mitglieder, die nach dem 31. 12. 2004 nicht in den ab 01. 01. 2005 geltenden allgemeinen Tarif wechseln, bleibt die bisherige Kinderversicherung bis zum Ablauf des 14. Lebensjahrs unverändert bestehen. Mit dem Erreichen des 15. Lebensjahres werden diese Kinder in den allgemeinen Tarif übernommen. Die Höhe der monatlichen Beiträge richtet sich nach dem bei der Übernahme erreichten Lebensalter. Das gleichzeitige Bestehen einer außerordentlichen und einer ordentlichen Mitgliedschaft ist nicht möglich.
- (3) Die Sterbekasse „Selbsthilfe“ Oberstein VaG gewährt für Kinder in den ersten beiden Mitgliedsjahren, längstens jedoch bis zum 14. Geburtstag, Beitragsfreiheit. Dies gilt auch für Mehrfachversicherungen.

§ 10a

Mehrfachversicherungen

- (1) Jedes Mitglied, das das maximale Aufnahmealter noch nicht überschritten hat, ist zum Abschluss von Mehrfachversicherungen berechtigt. Die Anzahl der möglichen Versicherungen sowie deren Beiträge und Leistungen sind durch die jeweils geltende Beitrags- und Leistungstabelle festgelegt. Bei Versicherungserhöhungen sind laufende monatliche Beiträge entsprechend dem beim Abschluss der Mehrfachversicherungen erreichten Lebensalter zu zahlen.

§ 11

Organisation

Die Organe der Kasse sind:

die Mitgliederversammlung,
der Aufsichtsrat,
der Vorstand.

§ 12 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung besteht aus den volljährigen Mitgliedern der Kasse.

§ 13 Ordentliche und außerordentliche Mitgliederversammlung – Bekanntmachung

- (1) Mitgliederversammlungen sind ordentliche und außerordentliche.
- (2) Die ordentlichen Mitgliederversammlungen finden alljährlich einmal innerhalb eines Halbjahres nach Schluss des Geschäftsjahres statt.
- (3) Außerordentliche Mitgliederversammlungen werden berufen, wenn die Aufsichtsbehörde es verlangt, wenn das Interesse der Kasse es erfordert, wenn der Aufsichtsrat es verlangt oder wenn mindestens der zehnte Teil der Mitglieder unter Angabe des Zwecks und der Gründe es bei dem Vorstand schriftlich beantragt. In diesen Fällen muß der Vorstand die Mitgliederversammlung innerhalb vier Wochen anberaumen und abhalten.
- (4) Zeit und Ort der Tagung sowie die Gegenstände der Beratung sind in der nach § 29 vorgeschriebenen Form den Mitgliedern spätestens zwei Wochen vor dem Tag der Versammlung bekanntzugeben.

§ 14 Aufgaben der Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) sie wählt die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes gemäß § 18,
 - b) sie hat alljährlich auf Grund des von dem Aufsichtsrat zu erstattenden Berichtes (§ 24) über die dem Vorstand wegen der Verwaltung des Kassenvermögens zu erteilende Entlastung zu beschließen und etwaige Fehlbeträge oder Verfehlungen festzustellen,
 - c) sie hat über Vorlagen des Aufsichtsrates und des Vorstandes und Anträge von Mitgliedern Beschluss zu fassen,
 - d) sie kann die sofortige Entlassung jedes Aufsichtsratsmitgliedes oder Vorstandsmitgliedes aussprechen, wenn Tatsachen vorliegen, die beweisen, dass diese Personen ihre Pflichten bezüglich der Kasse erheblich verletzt haben oder zu vernünftiger Erledigung ihrer Dienstgeschäfte unfähig sind.

Sie hat ferner zu beschließen:

- e) über Verwendung des Überschusses und Deckung des Fehlbetrages (§ 27),
 - f) über Änderungen der Satzung (§ 17),
 - g) über Auflösung der Kasse und Verwendung des Kassenvermögens (§§ 17 und 30) sowie über eine Übertragung des Versicherungsbestandes auf eine andere Versicherungsunternehmung (§ 14 VAG),
 - h) über die den Mitgliedern des Aufsichtsrates und des Vorstandes zu gewährende Entschädigung (§ 28).
- (2) Zur Gültigkeit des Beschlusses ist erforderlich, daß der Gegenstand bei der Berufung der Versammlung bezeichnet wird.

§ 15

Vorbereitung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung

Der Vorstand hat die Beschlüsse der Mitgliederversammlung in allen Angelegenheiten, die ihr durch die Satzung zugewiesen sind, sowie über solche Gegenstände, bei deren Erledigung eine Mitwirkung der Mitgliederversammlung notwendig oder wünschenswert erscheint, rechtzeitig vorzubereiten.

§ 16

Geschäftsordnung der Mitgliederversammlung

- (1) Der Vorsitzende des Aufsichtsrates führt den Vorsitz in der Mitgliederversammlung. Er sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und ist befugt, Personen, welche Störungen verursachen, aus der Versammlung auszuweisen.
- (2) Über den Ablauf der Versammlung hat der Schriftführer eine Niederschrift anzufertigen, die von den Vorsitzenden des Aufsichtsrates und des Vorstandes, dem Schriftführer und zwei der anwesenden Teilnehmer aus dem Mitgliederkreis zu unterzeichnen ist. Die Niederschrift hat die Feststellung der ordnungsmäßigen Einberufung der Mitgliederversammlung und die Zahl der anwesenden Mitglieder, das Stimmverhältnis bei den Abstimmungen und den Wortlaut der Beschlüsse anzugeben.

§ 17

Stimmverhältnis und Abstimmung in der Mitgliederversammlung

- (1) Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden in der Regel durch einfache Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt.

- (2) Die Mitgliederversammlung kann beschließen, daß die Abstimmungen durch Stimmzettel oder Namensaufruf stattfinden. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.
- (3) Zu Beschlüssen über Satzungsänderungen ist eine Mehrheit von 3/4 der erschienenen Mitglieder und zu Beschlüssen über die Auflösung der Kasse oder eine Übertragung des Versicherungsbestandes (§ 14g) die Anwesenheit von 2/3 der Kassenmitglieder sowie eine Mehrheit von 3/4 der erschienenen Mitglieder erforderlich. Dem Auflösungsbeschluss können Mitglieder, die dagegen gestimmt haben, zur Niederschrift widersprechen.
- (4) Ist in den Fällen, in denen es sich um Beschlussfassung über die Auflösung der Kasse oder um eine Übertragung des Versicherungsbestandes handelt, die Versammlung beschlussunfähig, so ist demnächst eine neue Mitgliederversammlung einzuberufen [§ 13 (4)]; diese ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen mit einfacher Mehrheit der Erschienenen beschlussfähig. Es muss jedoch auf diese Folge in der Einladung hingewiesen werden.
- (5) Die §§ 5 und 7 bis 10 dieser Satzung können, ohne dass es der Zustimmung des einzelnen Mitgliedes bedarf, mit Wirkung auch für die bestehenden Versicherungsverhältnisse geändert werden.
- (6) Zur Änderung des Zwecks der Kasse ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich; die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muss schriftlich erfolgen.
- (7) Ein Mitglied ist nicht stimmberechtigt, soweit die Beschlussfassung die Vornahme eines Rechtsgeschäftes mit ihm oder die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreites zwischen ihm und der Kasse betrifft.

§ 18 Wahlverfahren

- (1) Die Wahl der Vorstandsmitglieder (§ 20) erfolgt durch Stimmzettel. Über jede zu wählende Person wird besonders abgestimmt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Wird diese Stimmenmehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, so sind die beiden Kandidaten in die engere Wahl zu bringen, die bei der ersten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmgleichheit entscheidet das von dem Vorsitzenden der Mitgliederversammlung zu ziehende Los.
- (2) Die Wahl des Aufsichtsrats (§ 23) erfolgt in einem einzigen Wahlgang mittels Stimmzettel und einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet das durch den Vorsitzenden der Versammlung zu ziehende Los.

- (3) Sämtliche Wahlen können durch Zuruf erfolgen, wenn kein Widerspruch erhoben wird. Das Ergebnis der Abstimmung ist sofort bekannt zu machen. Zu Mitgliedern des Aufsichtsrates und des Vorstandes können nur volljährige Mitglieder gewählt werden.

§ 19

Zuziehung eines Rechnungsverständigen

Aufsichtsrat und Vorstand haben das Recht, einen Rechnungs- oder Kassenverständigen zur Teilnahme an den Mitgliederversammlungen einzuladen, der erforderlichenfalls aus Mitteln der Kasse zu entschädigen ist.

§ 20

Vorstand

- (1) Die Kasse wird von dem Vorstand geleitet. Der Vorstand vertritt die Kasse gerichtlich und außergerichtlich; er hat die Stellung eines gesetzlichen Vertreters.
- (2) Der Vorstand besteht aus mindestens 3 bis höchstens 7 Mitgliedern, nämlich:
- dem Vorsitzenden,
 - dem stellvertretenden Vorsitzenden,
 - dem Geschäftsführer und
 - bis zu 4 Beisitzern.
- (3) Der Vorsitzende leitet die Versammlung des Vorstandes. Er beruft den Vorstand, wenn die Lage der Geschäfte es erfordert, sowie binnen 8 Tagen, wenn zwei Mitglieder des Vorstandes es schriftlich beantragen oder der Aufsichtsrat es verlangt.
- (4) Die Vorstandsmitglieder werden als solche durch eine Bescheinigung der Versicherungsaufsichtsbehörde ausgewiesen, der zu diesem Zweck die jeweiligen Wahlverhandlungen mitzuteilen sind.
- (5) Willenserklärungen, die die Kasse verpflichten sollen oder Verfügungen über Vermögen der Kasse enthalten, bedürfen der Mitwirkung des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters in Verbindung mit dem Geschäftsführer.
- (6) Als Vorstandsmitglied oder Geschäftsführer darf nur bestellt werden, wer zuverlässig sowie genügend vorgebildet ist und die für den Betrieb

des Versicherungsvereins erforderlichen Eigenschaften besitzt. Als Vorstandsmitglied oder Geschäftsführer ungeeignet gilt insbesondere jeder, der

- a) wegen eines Verbrechens oder Vermögensvergehens verurteilt worden oder gegen den ein derartiges Verfahren anhängig ist;
- b) in den letzten fünf Jahren als Schuldner in ein Konkursverfahren, Vergleichsverfahren oder in ein Verfahren zur Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung nach § 807 ZPO oder § 284 AO verwickelt worden ist.

§ 21

Beschlussfassung des Vorstandes

- (1) Zur Beschlussfassung des Vorstandes ist, den Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter einbegriffen, die Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern erforderlich.
- (2) Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende. Über die Verhandlungen ist von dem Schriftführer eine Niederschrift aufzunehmen, welche von ihm und dem Vorsitzenden zu vollziehen und bei den Akten aufzubewahren ist.

§ 22

Wahl und Amtsdauer der Vorstandsmitglieder

- (1) Die Mitglieder des Vorstandes werden auf 4 Jahre gewählt. Die Amtsdauer endet mit dem Schluss der vierten auf die Wahl folgenden ordentlichen Mitgliederversammlung.
- (2) Ausscheidende Vorstandsmitglieder sind wieder wählbar. Scheidet ein Mitglied innerhalb der Amtsdauer aus dem Vorstand aus, so ist in der nächsten Mitgliederversammlung für den Rest der Zeit eine Ergänzungswahl gemäß § 18 vorzunehmen.

§ 23

Aufsichtsrat

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus 3 Mitgliedern, welche auf 4 Jahre gemäß § 18 von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Die Amtsdauer endet mit dem Schluss der vierten auf die Wahl folgenden ordentlichen Mitgliederversammlung.
Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so ist in der nächsten Mitgliederversammlung für den Rest der Zeit eine Ergänzungswahl gemäß § 18 vorzunehmen.

Wiederwahl der nach Ablauf ihrer Amtszeit ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder ist zulässig. Die Mitglieder des Aufsichtsrates dürfen nicht dem Vorstand angehören.

- (2) Die Mitglieder des Aufsichtsrates wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden des Aufsichtsrates und verteilen die ihnen obliegenden Geschäfte unter sich und vertreten einander in Behinderungsfällen.

§ 24

Aufgaben des Aufsichtsrates

- (1) Der Aufsichtsrat hat das Recht, an sämtlichen Vorstandssitzungen teilzunehmen. Er hat die Verwaltung des Kassenvermögens und die Buchführung sorgfältig und ständig zu überwachen. Er hat darauf zu achten, dass die Vermögensbestände der Kasse gemäß § 25 verzinslich angelegt und sicher verwahrt werden. Er ist befugt, zu jeder Zeit Einsicht in die Bücher und Schriften der Kasse zu nehmen und kann vom Vorstand alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, deren er für eine sorgfältige Prüfung bedarf.
- (2) Er entscheidet über Berufungen nach § 4.
- (3) Vor Aufstellung eines jeden Rechnungsabschlusses (§ 26) hat er eine eingehende Prüfung der Kassenbücher und Belege vorzunehmen.
- (4) Über das Ergebnis seiner Prüfungen, besonders auch des Rechnungsabschlusses (§ 26), sowie über die Vermögenslage der Kasse im allgemeinen hat der Aufsichtsrat in der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung ausführlich zu berichten.
- (5) Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, dringliche Änderungen der Satzung, soweit sie das Versicherungsverhältnis betreffen, mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde vorläufig vorzunehmen. Diese Änderungen sind der Mitgliederversammlung bei ihrem nächsten Zusammentreffen vorzulegen und außer Kraft zu setzen, wenn sie es verlangt. Der Aufsichtsrat ist ferner ermächtigt, solche Änderungen der Satzung vorzunehmen, die nur die Fassung betreffen. Im Falle einer Änderung der Satzung durch die Mitgliederversammlung ist der Aufsichtsrat ermächtigt, von der Aufsichtsbehörde vor Genehmigung des Änderungsbeschlusses etwa verlangte Änderungen durchzuführen.

§ 25

Vermögensanlage

Der Vorstand hat die Vermögensbestände zu verwalten. Er hat diese von anderen Geldern getrennt zu verwahren und, soweit sie zur Bestreitung der laufenden Ausgaben nicht nötig sind, nach den Vorschriften der §§ 68 und 69 VAG verzinslich anzulegen.

§ 26

Rechnungsabschluss

- (1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (2) Am Schluss eines jeden Geschäftsjahres hat der Geschäftsführer einen Rechnungsabschluss auf dem von der Aufsichtsbehörde vorgeschriebenen Vordruck zu fertigen. Aus dem Rechnungsabschluss muß ersichtlich sein, welche Einnahmen die Kasse gehabt hat, welche Summen an Sterbegeld, an Verwaltungskosten und sonstigen Kosten verausgabt sind, welcher Bestand verbleibt und wie der verbleibende Bestand zinstragend angelegt ist.
- (3) Der Rechnungsabschluss ist unter Einbeziehung der zugrundeliegenden Buchführung von dem Aufsichtsrat zu prüfen, bevor er der Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt wird.
- (4) Ist nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung gegen den Rechnungsabschluss und die zugrundeliegende Buchführung nichts einzuwenden, so hat der Aufsichtsrat den Befund unter dem Rechnungsabschluss mit folgenden Worten zu bestätigen: „Die Richtigkeit des Rechnungsabschlusses auf Grund der geprüften Bücher und Vermögensverzeichnisse wird hiermit bescheinigt. Die Vermögensbestände sind satzungsgemäß verwahrt und angelegt.“

§ 27

Versicherungsmathematische Prüfung

- (1) Alle 3 Jahre, auf Verlangen der Aufsichtsbehörde auch zu anderen Zeitpunkten, hat der Vorstand durch einen versicherungsmathematischen Sachverständigen eine versicherungsmathematische Bilanz aufstellen zu lassen, die der Anerkennung durch die Aufsichtsbehörde bedarf.
- (2) Ergibt die versicherungsmathematische Bilanz einen Überschuß, so sind davon jeweils 5 v.H. einer Sicherheitsrücklage zuzuführen, bis die Rücklage 5 v.H. der Summe der Vermögenswerte erreicht oder nach Inanspruchnahme wieder erreicht hat. Der weitere Überschuss ist ausschließlich zur Ermäßigung der Beiträge oder zur Erhöhung der Versicherungsleistungen oder für beide Zwecke zugleich zu verwenden; hierauf steht den Mitgliedern ein Rechtsanspruch zu. Die näheren Bestimmungen über die Verwendung des Überschusses zugunsten der Mitglieder, insbesondere über den Zeitpunkt der Aufteilung des Überschusses auf die einzelnen Versicherungen, trifft auf Grund von Vorschlägen des versicherungsmathematischen Sachverständigen die Mitgliederversammlung. Der Beschluss bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

- (3) Weist die versicherungstechnische Bilanz einen Fehlbetrag aus, so ist dieser zu Lasten der Sicherheitsrücklage auszugleichen. Wenn die Sicherheitsrücklage hierfür nicht ausreicht, sind zur Deckung des verbleibenden Fehlbetrages durch Beschluss der Mitgliederversammlung auf Grund von Vorschlägen des versicherungsmathematischen Sachverständigen die Beiträge der Mitglieder zu erhöhen oder die Versicherungsleistungen herabzusetzen oder Änderungen der genannten Art gleichzeitig vorzunehmen. Alle Maßnahmen zur Beseitigung von Fehlbeträgen bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde und haben auch für die bestehenden Versicherungsverhältnisse Wirkung. Eine Erhebung von Nachschüssen ist ausgeschlossen.

§ 28

Aufwandsentschädigung

Die den Mitgliedern des Aufsichtsrates und des Vorstandes für ihre Mühewaltung zur gewährende Entschädigung wird von der Mitgliederversammlung jährlich festgesetzt.

§ 29

Bekanntmachung

Die Bekanntmachungen der Kasse erfolgen durch die ortsansässigen Tageszeitungen.

§ 30

Abwicklung und Verwendung des Kassenvermögens im Falle der Auflösung

- (1) Nach der Auflösung der Kasse findet die Abwicklung statt. Sie erfolgt durch den Vorstand. Für die Abwicklung gelten die §§ 49 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches und § 48 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz - VAG).
- (2) Das Vermögen ist nach einem von der Versammlung zu beschließenden Plan, der der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf, zu Gunsten der Mitglieder zu verwenden.
- (3) Im Falle der Auflösung der Kasse erlöschen die Versicherungsverhältnisse vier Wochen nach Genehmigung des Auflösungsbeschlusses durch die Aufsichtsbehörde, sofern nicht die Übertragung des Versicherungsbestandes auf eine andere Versicherungsunternehmung beschlossen wird.

§ 31

Inkrafttreten der Satzung

Die vorliegende Satzung der Sterbekasse "Selbsthilfe" Oberstein VaG in Idar-Oberstein wurde mit Erteilung der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb durch Verfügung vom 11. 11. 1960 – Geschäftszeichen II St – 1169 – 1/60 des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen genehmigt und trat zum 01. 01. 1961 in Kraft.

Die nachfolgend genannten, vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Mainz, zuletzt mit Schreiben vom 06. August 2004 genehmigten Änderungen sind in der vorliegenden Fassung der Satzung berücksichtigt:

- 1) § 1, § 2 Abs. 4 und 5, § 7, § 8 und § 25 laut Beschluss der Mitgliederversammlung vom 03. 02. 1962;
- 2) § 2 Abs. 1, a), b) und c) laut Beschluss der Mitgliederversammlung vom 23. 05. 2001;
- 3) § 5 Abs. 1 und 3 laut Beschluss der Mitgliederversammlung vom 27. 05. 1991 und 23. 05. 2001;
- 4) § 7 Abs. 1 laut Genehmigung des Ministeriums f. Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom 24. 10. 2001;
- 5) § 9 Abs.1 laut Beschluss der Mitgliederversammlung vom 27. 05. 1997 und 23. 05. 2001;
- 6) § 10 Abs. 2 laut Beschluss der Mitgliederversammlung vom 29. 05. 1985;
- 7) § 10 Abs. 1 und 2 laut Beschluss der Mitgliederversammlung vom 23. 05. 2001;
- 8) § 10a laut Beschluss der Mitgliederversammlung vom 27. 05. 1991;
- 9) § 10a Abs. 1 und 3 laut Beschluss der Mitgliederversammlung vom 23. 05. 2001;
- 10) § 16 Abs. 2 laut Beschluss der Mitgliederversammlung vom 01. 04. 1998;
- 11) § 20 Abs. 6 laut Beschluss der Mitgliederversammlung vom 27. 04. 1983
- 12) § 1, § 2 Abs. 4 und 5, § 3 Abs. 3 Nr. 2, § 5, § 9 Abs. 1, § 10, § 20 Abs. 2 und 5, § 22, § 23 Abs. 1, § 26 Abs. 2 lt. Beschluss der Mitgliederversammlung vom 01. 04. 2003.
- 13) § 2, § 3, § 5, § 10 und § 10a lt. Beschluss der Mitgliederversammlung vom 08. 06. 2004

Sterbekasse "Selbsthilfe" Oberstein VaG

Gegründet 1896

Beitrags- und Leistungstabelle ab 01. 01. 2005

Beiträge

Abschlüsse ab 01. Januar 2005

Aufnahmealter: 0 bis 50 Jahre

Tarifklasse	Eintrittsalter	Monatsbeiträge je Versicherung
300	0 bis 5 Jahre	0,50 €
301	6 bis 10 Jahre	0,60 €
302	11 bis 13 Jahre	0,70 €
303	14 bis 20 Jahre	0,85 €
304	21 bis 25 Jahre	1,00 €
305	26 bis 30 Jahre	1,10 €
306	31 bis 35 Jahre	1,35 €
307	36 bis 40 Jahre	1,65 €
308	41 bis 45 Jahre	2,05 €
309	46 bis 50 Jahre	2,60 €

Beitragsfreiheit: Bei Kindern wird für die ersten beiden Mitgliedsjahre in einer Versicherung, **längstens** jedoch bis zum 14. Geburtstag, Beitragsfreiheit gewährt.

Mehrfachversicherungen sind möglich, maximale Anzahl: 5 Versicherungen je Person, Beiträge entsprechend des bei Abschluss der Mehrfachversicherungen erreichten Lebensalters.

Eintrittsgeld: entfällt gemäß Beschluss der Mitgliederversammlung vom 08. 06. 2004.

Je Person wird für Neuaufnahmen und Versicherungserhöhungen einmalig ein **Verwaltungskostenersatz** von 2,00 € erhoben.

Abschlüsse bis 31. 12. 2004

Tarifklasse 100/101 (geschlossen zum 31. 12. 2004)

Bisherige Kinderversicherung, Alter 0 bis 13 Jahre, Übernahme in Tarif 303 erfolgt nach dem 14. Geburtstag
Beitrag je Versicherung: 1,00 €/Jahr

Wechsel in Tarifklassen 300 bis 302 ab 01. 01. 2005 möglich, bei Wechsel Erhöhung des Sterbegeldanspruchs entsprechend Tarifklassen 300 ff. Bei bestehender Mitgliedschaft ist im Falle gewünschter Versicherungserhöhung ab 01. 01. 2005 der Wechsel in die neuen Tarifklassen zwingend.

Tarifklasse 200 (geschlossen zum 31. 12. 2004)

Bisherige Erwachsenenversicherung ab 14 Jahre
Beitrag je Versicherung: 1,00 €/Monat

Für Altersbereich 14 bis 20 Jahre ist ab 01. 01. 2005 der Wechsel in Tarifklasse 303 möglich.

Leistungen ab 01. 01. 2005

Sterbegeld:

Tarifklasse 100/101	470,00 € Sterbegeld
Tarifklasse 200	850,00 € Sterbegeld
Tarifklassen 300 bis 309	850,00 € Sterbegeld

Bei Mehrfachversicherungen erhöhter Sterbegeldanspruch entsprechend der jeweiligen Tarifklassen.

Bei Tod im ersten Mitgliedsjahr einer Versicherung wird die Hälfte des regulären Sterbegelds ausgezahlt.

Gewinnzuschlag: Zusätzlich zum satzungsgemäßen Sterbegeld wird ein Gewinnzuschlag in Höhe von 11,5 %, aufgerundet auf volle 5 EURO, gezahlt. **

Geschäftsplanmäßige Erklärung des Vorstandes, die nicht Eingang in die Satzung findet:

** Gemäß Beschluss der Mitgliederversammlung vom 08. 06. 2004 wird bei allen in der Zeit vom 01. 01. 2005 bis zum 31. 12. 2007 eintretenden Sterbefällen zusätzlich zum satzungsmäßigen Sterbegeld ein **Gewinnzuschlag** gezahlt. Der Gewinnzuschlag beträgt für jede Versicherung in Tarifklasse 100 und 101 55,00 € und in den Tarifklassen 200 und 300 bis 309 100,00 €. Nach dem 31. 12. 2007 soll der Gewinnzuschlag weitergezahlt werden, falls es die versicherungsmathematische Prüfung zum 31. 12. 2006 erlaubt.

(Genehmigt mit Schreiben des Ministeriums f. Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Mainz, vom 06. August 2004, Az: 8208-805)

Rückvergütungstabelle
zur Beitragsrückvergütung nach § 3 Abs. 3 der Satzung

gültig ab 01. 01. 2005

Bei Anspruch auf Beitragsrückvergütung gemäß § 3 Abs. 3 der Satzung gelten folgende Rückvergütungssätze:

bei 6 bis 10 Jahren Beitragsdauer	30 %
bei 11 bis 20 Jahren Beitragsdauer	45 %
bei 21 bis 30 Jahren Beitragsdauer	60 %
ab 31 Jahren Beitragsdauer	75 %